

Niederschrift

Gremium:	Rat
Sitzung:	46. öffentliche/nicht-öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus (RA/2018/046)
Sitzungsdatum:	Dienstag, 12.06.2018
Sitzungsort:	Ratssaal des Rathauses, 1. Etage, Raum Nr. 115
Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr	Ende der Sitzung: 21:26 Uhr

Anwesend:

Bürgermeisterin

Voß, Karola

CDU

Benölken, Franz
Blickmann, Michaela
Große-Schwiep, Josef
Hemsing, Klaus
Isferding, Ute
Kreuziger, Petra
Pomberg, Winfried
Reehuis, Markus
Reimering, Ansgar
Terbrack, Karl Heinz
Terhaar, Johannes
Terhalle, Josef
Vöcking, Stefan
Wantia, Beatrix
Woltering, Maria

abwesend ab TOP 10 öS

SPD

Dönnebrink, Andreas
Brüning, Dietmar
Heitmann, Helene
Herickhoff, Hermann Josef
Lambers, Klaus
Niestegge, Ludwig

UWG

Ruwe, Felix
Beckers, Andreas
Heijnk, Annegret
Homann, Dieter
Lange, Hanne
Schulte, Renate

Bündnis 90/Die Grünen

Eisele, Dietmar

WGW

Frankemölle, Norbert

FDP

Horst, Reinhard

Verwaltung

Althoff, Hans-Georg
Leuker, Werner
Beckmann, Georg

Schriftführerin

Zevenbergen, Doris

es fehlen entschuldigt:

CDU

Vortkamp, Thomas
Hackfort, Bernhard
Lefert, Heinrich
Rudde, Christian
Wittenbrink, Thomas

SPD

Fischer, Mathilde
Gerick, Alfons
Terbeck, Walter

UWG

Kersting, Hubert

Bündnis 90/Die Grünen

Löhring, Klaus

WGW

Haveloh, Hermann Josef

FDP

Klein, Wolfgang

Bürgermeisterin Voß verabschiedet Ratsherrn Stefan Büning, der sein Mandat zum 01.05.2018 niederlegt. Sie würdigt das politische Engagement von Herrn Büning in seiner mehr als dreijährigen Zeit als Mitglied des Rates und unterschiedlicher Ausschüsse.

Tagesordnung:

A. Öffentliche Sitzung

- 1 Niederschrift über die 45. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 17.05.2018
- 2 Einwohner/innenfragestunde
- 3 Besuch des Vorsitzenden der Regio Twente und Bürgermeisters aus Enschede, Onno van Veldhuizen, und des Bürgermeisters aus Haaksbergen, Gerrit Jan Kok
- 4 Umbesetzung in Ausschüssen und Gremien;
Antrag der CDU-Fraktion vom 30.05.2018
- 5 Fairtrade-Stadt Ahaus - Aktuelles
- 6 Bauleitplanung
 - 6.1 Umbau und Erweiterung des Lebensmittelmarktes an der Fuistingstraße;
Neufassung des Beschlusses vom 18.12.2013 über die Aufstellung eines Bebauungsplans
 - 6.2 Erweiterung des Gewerbegebiets Wessum;
Beschluss über die Änderung des Flächennutzungsplans
 - 6.3 Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 63 Teil 2 - Eschstraße -;
 - a) Beschluss über die Stellungnahmen
 - b) Erneuter Planentwurfs- und Auslegungsbeschluss (2. Auslegung)

- 7 Endausbau Paus Gorden
- 8 Endausbau Zur Windmühle
- 9 Anträge der Fraktionen
 - 9.1 Fanfaren Flammen Feuerwerk;
Antrag der CDU-Fraktion vom 29.05.2018
 - 9.2 Beleuchtungskonzept Bushaltestellen im Außenbereich;
Antrag der CDU-Fraktion vom 29.05.2018
- 10 Fragen des Rates und Mitteilungen der Verwaltung

A. Öffentliche Sitzung

1 Niederschrift über die 45. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 17.05.2018

Fraktionsvorsitzender Ruwe (UWG-Fraktion) bittet darum, dass in der Niederschrift zu TOP 13.2 der öffentlichen Sitzung (Erstellung einer Satzung zum Schutz des Baumbestandes im gesamten Stadtgebiet der Stadt Ahaus; Antrag der UWG-Fraktion vom 01.05.2018) eine von ihm gemachte Aussage zum Zweck der Satzung ergänzt werde.

Unter Berücksichtigung dieses Hinweises wird die Niederschrift über die 45. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus vom 17.05.2018 anerkannt.

2 Einwohner/innenfragestunde

Es liegen keine Einwohner/innenfragen vor.

3 Besuch des Vorsitzenden der Regio Twente und Bürgermeisters aus Enschede, Onno van Veldhuizen, und des Bürgermeisters aus Haaksbergen, Gerrit Jan Kok

Bürgermeisterin Voß begrüßt Herrn Onno van Veldhuizen und entschuldigt den Bürgermeister von Haaksbergen, Herrn Gerrit Jan Kok, der terminlich verhindert sei.

Herr van Veldhuizen bedankt sich dafür, erstmalig in einem deutschen Kommunalparlament sprechen zu dürfen. In seiner Ansprache an die Ratsmitglieder und den Verwaltungsvorstand hebt er den europäischen Gedanken und die gemeinsamen Ziele in den Vordergrund. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sei ein notwendiges Instrument für die Zukunft. Die

praktische Umsetzung beispielweise für die Bereiche Kreislaufwirtschaft, Technologie und Innovationen könne an der Grenze gelingen. Er hoffe, dass diese Grenznähe in Zukunft zu guten Kooperationen führe.

4 Umbesetzung in Ausschüssen und Gremien; Antrag der CDU-Fraktion vom 30.05.2018 A/2018/0138

Der Rat beschließt auf Vorschlag der CDU-Fraktion folgende Umbesetzung in Ausschüssen des Rates und Vertretungen in Gremien:

1. Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt:

für das bisherige Ausschussmitglied Stefan Büning, Ikemannstraße 10, 48683 Ahaus
Stefan Vöcking, Oberortwick 63, 48683 Ahaus

2. Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Tourismus:

für das bisherige stellvertretende Ausschussmitglied Stefan Büning, Ikemannstraße 10, 48683 Ahaus
Stefan Vöcking, Oberortwick 63, 48683 Ahaus

3. Haupt- und Finanzausschuss:

für das bisherige Ausschussmitglied Stefan Büning, Ikemannstraße 10, 48683 Ahaus
Stefan Vöcking, Oberortwick 63, 48683 Ahaus

4. Ausschuss für Soziales und Arbeit, Familien und Senioren:

für das bisherige Ausschussmitglied Stefan Büning, Ikemannstraße 10, 48683 Ahaus
Ute Isferding, Zellerstraße 9, 48683 Ahaus

5. Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr:

für das bisherige stellvertretende Ausschussmitglied Stefan Büning, Ikemannstraße 10, 48683 Ahaus
Beatrix Wantia, Schüttenfeld 34, 48683 Ahaus

6. Schul- und Sportausschuss:

für das bisherige stellvertretende Ausschussmitglied Stefan Büning, Ikemannstraße 10, 48683 Ahaus
Stefan Vöcking, Oberortwick 63, 48683 Ahaus

7. Wahlausschuss:

für das bisherige Ausschussmitglied Stefan Büning, Ikemannstraße 10, 48683 Ahaus
Stefan Vöcking, Oberortwick 63, 48683 Ahaus

Abstimmungsergebnis:
einstimmiger Beschluss

Bürgermeisterin Voß erläutert die Ausführungen der Beratungsvorlage und bedankt sich bei der Steuerungsgruppe, die sich mit dem Thema auch künftig befassen werde.

Ratsherr Homann (UWG-Fraktion) weist auf einen Antrag der Fraktion aus dem vergangenen Jahr hin, der sich mit der praktischen Umsetzung des Fairtrade-Gedanken in der Verwaltung befasse.

Bürgermeisterin Voß sagt zu, über die Ergebnisse des Antrages kurzfristig zu informieren.

Ergänzung zur Niederschrift:

Bei der Bewirtung im Rathaus werden grundsätzlich fair gehandelter Kaffee, Zucker, Wasser und Orangensaft gereicht. Bei der Beschaffung von Lieferleistungen durch die Zentrale Vergabestelle wird bei Holzprodukten und Bekleidung (z.B. Beschaffung für die Feuerwehr) auf eine Zertifizierung geachtet.

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zu den aktuellen Entwicklungen im Projekt „Fairtrade-Stadt Ahaus“ zur Kenntnis.

6 Bauleitplanung

6.1 Umbau und Erweiterung des Lebensmittelmarktes an der Fuistingstraße; Neufassung des Beschlusses vom 18.12.2013 über die Aufstellung eines Bebauungsplans

V/2013/0763/2

Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) äußert seine Bedenken hinsichtlich des Nahversorgungskonzeptes. Bei einer Vergrößerung der Verkaufsfläche werde auch das Angebotssortiment vergrößert. Ergebnis sei ein Verdrängungswettbewerb, der zu Leerständen führen werde, da kleinere Geschäfte den Konkurrenzdruck nicht bestehen könnten. Die Vergrößerung der Frischeabteilungen stelle darüber hinaus eine Gefährdung für den Bestand des Wochenmarktes dar.

Beigeordneter Beckmann stellt klar, dass die Realisierung des Bauvorhabens aus Sicht der Stadtverwaltung an zwei Bedingungen geknüpft sei: erstens werde eine Wirkungsanalyse erstellt, mit der die städtebauliche Verträglichkeit bei einer Verkaufsfläche von 1.200 qm belegt werde. Zweitens sei eine zeitliche Abfolge vorgegeben, wonach zunächst der vorgelagerte Gebäuderiegel entlang der Fuistingstraße realisiert werden müsse, bevor das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans begonnen werde.

Ratsherr Reimering (CDU-Fraktion) macht deutlich, dass die Zustimmung hier zu einer Vergrößerung auf 1.200 qm nicht nur den ALDI-Markt, sondern künftig auch weitere Discounter betreffen werde. Somit schaffe man mit dieser Entscheidung einen Präzedenzfall.

Ratsherr Beckers (UWG-Fraktion) weist daraufhin, dass es derzeit keinen Schallschutz zum angrenzenden Wohngebiet gebe.

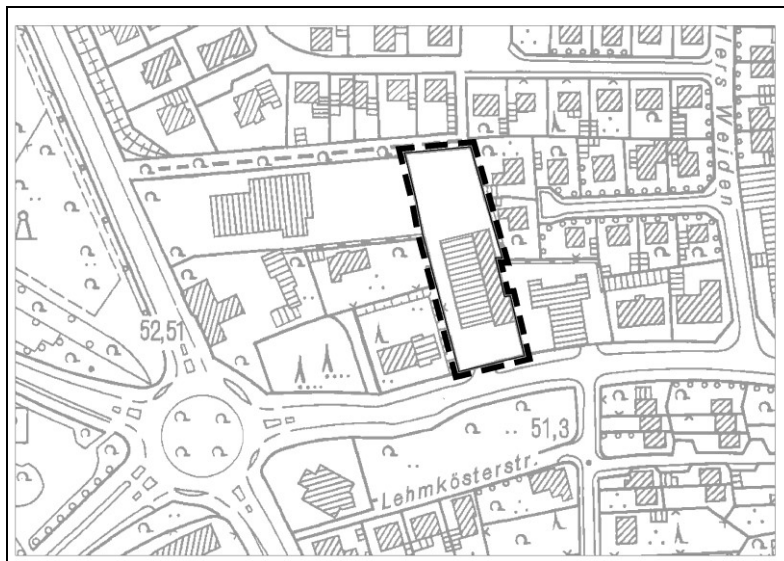
Beigeordneter Beckmann antwortet, dass entsprechende Fragen im Baugenehmigungsverfahren zu prüfen seien.

Der Rat der Stadt beschließt auf Empfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr:

1. Der Aufstellungsbeschluss, den der Rat der Stadt am 18.12.2013 gefasst hat, wird wie folgt neu gefasst:

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 18 – Nahversorgungsstandort Fuistingstraße/Graeser Straße – Abschnitt 1 wird aufgestellt. Die Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs sind in dem nachfolgenden Lageplan, der Bestandteil dieses Beschlusses ist, dargestellt. Gegenstand der Planung ist die Sicherung und Entwicklung des Nahversorgungsstandortes Fuistingstraße/Graeser Straße unter Berücksichtigung der geplanten Erweiterung des am Standort ansässigen Lebensmittelmarktes auf ca. 1.200 m² Verkaufsfläche.

Abbildung 1: Lageplan



Quelle: Kreis Borken, DGK 5, eigene Darstellung



Grenze des Bebauungsplans gem. Aufstellungsbeschluss

2. Die Ausführung des Aufstellungsbeschlusses ist an folgende Bedingungen geknüpft:
 - a) Die städtebauliche Verträglichkeit der Planung wird im Rahmen einer Wirkungsanalyse nachgewiesen.
 - b) Der vorgelagerte Gebäuderiegel entlang der Fuistingstraße wird realisiert.
3. Das Verfahren nach § 3 (2) BauGB wird frühestens eingeleitet, wenn der Rohbau des vorgelagerten Gebäuderiegels entlang der Fuistingstraße fertiggestellt ist. Der Nachweis erfolgt durch Vorlage einer Bescheinigung nach § 82 (5) Satz 2 BauO NRW.
4. Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB aufgestellt.

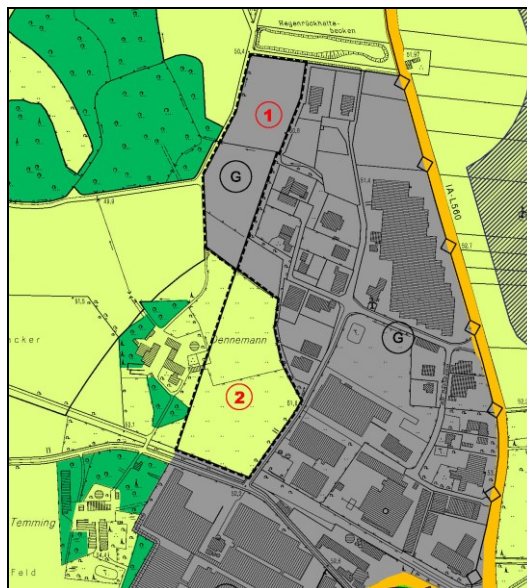
Abstimmungsergebnis:

25 Ja-Stimmen
4 Enthaltungen

Der Rat der Stadt beschließt auf Empfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr:

1. Die 6. Änderung des Flächennutzungsplans – Am Bahndamm – wird aufgestellt. Die Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs sind in dem nachfolgenden Lageplan, der Bestandteil dieses Beschlusses ist, dargestellt. Gegenstand der Planung ist die Erweiterung des Gewerbegebiets Wessum.

Abbildung 1: 6. Änderung des Flächennutzungsplans
(Lageplan/Vorentwurf, unmaßstäblich)



Quelle: Stadt Ahaus, FB Stadtplanung

- ① Änderung "Fläche für die Landwirtschaft" in "Gewerbliche Baufläche"
- ② Änderung "Gewerbliche Baufläche" in "Fläche für die Landwirtschaft"



Grenze der 6. Änderung des Flächennutzungsplans
gem. Aufstellungsbeschluss

2. Der Vorentwurf der 6. Änderung des Flächennutzungsplans (siehe Abbildung 1) wird gebilligt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage dieses Vorentwurfs die Beteiligung der Regionalplanungsbehörde nach § 34 (1) LPlG durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmiger Beschluss

6.3 Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 63 Teil 2 - Eschstraße -;
a) Beschluss über die Stellungnahmen
b) Erneuter Planentwurfs- und Auslegungsbeschluss (2. Auslegung)
V/2015/0276/5

Bürgermeisterin Voß weist darauf hin, dass eine Eingabe, die von mehreren Anwohnern der Eschstraße am 08.06.2018 eingereicht wurde, der Beratungsvorlage als Anlage 7 nachträglich beigefügt worden sei.

Ratsherr Große-Schwiep (CDU-Fraktion) spricht sich dafür aus, dem Anliegen der Alstätter Bürgerinnen und Bürger nachzukommen und die Beschlussfassung zu vertagen und die weitere Beratung zunächst in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr zu verweisen.

Ratsherr Reimering (CDU-Fraktion) macht deutlich, dass alle Bürgerinnen und Bürger umfassend informiert werden müssten, damit sichergestellt sei, dass alle die Ausweitung der Baugrenzen auch richtig einordnen könnten. Zuvor wäre die Hinterlandbebauung von den Anwohnern abgelehnt worden.

Ratsfrau Heijnk (UWG-Fraktion) betont, dass es anzustreben sei, dass man im gesamten Gebiet eine einheitliche Lösung hinsichtlich der Baugrenzen erziele.

Bürgermeisterin Voß erklärt, dass die Stadt von Beginn an ein Interesse an einer Nachverdichtung für das Gebiet gehabt hätte. Allerdings sei dies nicht im Sinne der Anwohner gewesen. Man müsse die Entscheidungsfindung als Prozess verstehen und erhoffe sich die bestmögliche Lösung für die Bewohner.

Beigeordneter Beckmann bestätigt, dass es schwierig sei, für ein Gebiet zwei unterschiedliche Planungen umzusetzen. Die Gefahr bestehe, dass dies es zu einer Zerklüftung führe.

Der Rat der Stadt beschließt die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 63 Teil 2 – Eschstraße für weitere Beratungen an den Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmiger Beschluss

7 Endausbau Paus Gorden V/2018/0998

Der Rat der Stadt beschließt auf Empfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr den Ausbau der Straße Paus Gorden gemäß vorgestellter Ausbauplanung:

Abstimmungsergebnis:
einstimmiger Beschluss

Der Rat der Stadt beschließt auf Empfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr den Ausbau eines Teilabschnitts der Straße Zur Windmühle gemäß vorgestellter Ausbauplanung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmiger Beschluss

9 Anträge der Fraktionen

9.1 Fanfaren Flammen Feuerwerk;

Antrag der CDU-Fraktion vom 29.05.2018 A/2018/0136

Ratsherr Reehuis (CDU-Fraktion) erläutert kurz den Antrag der CDU-Fraktion.

Beigeordneter Leuker gibt einen kurzen historischen Einblick in die Traditionsveranstaltung Fanfaren Flammen Feuerwerk (FFF), die es mittlerweile schon seit 1951 gebe. Diese Veranstaltung habe eine Strahlwirkung über die Stadt hinaus. Jedoch gebe es Veränderungen in der Stadt, der Gesellschaft, des Marketings und auch in den Erwartungen der Menschen. Daher sei darüber nachgedacht worden, auch eine Veranstaltung wie das FFF anzupassen. Im Gesellschafterausschuss sei das FFF aufgrund der hohen Kosten bereits im letzten Jahr diskutiert worden. Hierbei wurden die hohen Kosten, die das FFF aufwerfe, hinterfragt, zumal die Qualitäten anderer Veranstaltungen in den letzten Jahren deutlich gestiegen seien (Ahaus leuchtet auf, Public Viewing, Burgen und Schlösser, Weihnachtszauber etc.). Eine Zunahme an Veranstaltungen sei sicherlich positiv, jedoch sei das Gesamtbudget von AMT begrenzt.

Ferner seien der Mantelssonntag und das FFF als zwei verschiedene Veranstaltungen wahrgenommen worden. Daher sei auch im Ausschuss darüber diskutiert worden, das Feuerwerk vom Mantelssonntag abzuspalten und auf einen Samstag zu verschieben. Die aktuellen Kosten seien im Budget von AMT enthalten. Die Geschäftsführung von AMT bereite für den nächsten Gesellschafterausschuss am 21.06.2018 verschiedene Lösungsvorschläge vor, die dann zur Beratung und Beschlussfassung anstehen würden.

Ratsherr Reimering (CDU-Fraktion) teilt mit, dass eine Streichung nicht gleichzusetzen sei mit einer Veränderung. Sicherlich würden hohe Kosten entstehen, es sei jedoch eine attraktive Veranstaltung, die gerne von Groß und insbesondere von Klein besucht werde. Die Gesamtveranstaltung sei ein Erfolg, nur das Feuerwerk zu verlegen, mache die Veranstaltung nicht interessanter.

Ratsherr Eisele (Fraktion Bündnis90/Die Grünen) gibt an, dass für die Überbrückung zwischen der Schließung der Geschäfte und dem Feuerwerk, Lösungen gefunden werden müssten. Dies sei eine Aufgabe von AMT. Eine Streichung sei der falsche Ansatz, eine Weiterentwicklung müsse erfolgen. Diese Tradition solle nicht auseinander gerissen werden. Es solle bei anderen Städten angefragt werden, wie die mit solchen Problemen umgehen würden.

Ratsfrau Schulte (UWG-Fraktion) bemängelt unterdessen die fehlende Transparenz. Zunächst habe es geheißen, dass die Veranstaltung nicht stattfinden solle, dann, dass es alternative Überlegungen hierzu geben würde. Dies hätte direkt von Beginn an so kommuniziert werden müssen.

Ratsmitglied Dönnebrink (SPD-Fraktion) teilt mit, dass sich der Rat in der Vergangenheit darauf verständigt habe, die Attraktivität der Innenstadt zu steigern. Hierzu gehöre auch, dass verschiedene Veranstaltungen durchgeführt würden. Der Rat sei über die Streichung erst im Nachgang informiert worden. Die Bürgermeisterin müsse den Rat bei solch wichtigen Entscheidungen vorab informieren. Es könnte möglicherweise überlegt werden, dass die Öffnungszeiten der Geschäfte auf 16.00 Uhr bis 20.00 Uhr geändert, also näher an das FFF gelegt würden.

Ratsfrau Lange (UWG-Fraktion) unterrichtet darüber, dass das Thema im Kulturausschuss nicht erwähnt worden sei. Sie möchte diese Veranstaltung nicht missen.

Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) teilt mit, dass es bezüglich der Übergangszeiten zwischen den Öffnungszeiten der Geschäfte und dem Beginn des FFF, das gleiche Problem schon beim Stadtfest gegeben habe. Dieses konnte jedoch gelöst werden. Die Zeiten zwischen Einkaufen und Feuerwerk müssten genutzt werden. Hier sollten insbesondere die Gastronomen eingebunden werden. Diese könnten in ihrem Interesse ein Konzept zur Überbrückung entwickeln.

Ratsherr Eisele (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erkundigt sich, ob das Sponsoring weggebrochen sei. Er bittet um einen aktuellen Stand der Finanzierung.

Ratsherr Reehuis (CDU-Fraktion) bittet darum, dass der aktuelle Stand der im Gesellschafterausschuss zum Thema FFF besprochen werde, dann auch im Ausschuss WET dargestellt würde. Der Ausschuss solle auf jeden Fall beteiligt werden.

Ratsherr Eisele (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) bittet darum, den Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen.

Bürgermeisterin Voß fragt nach, ob es ausreichend sei, wenn der Rat nach der nächsten Sitzung des Gesellschafterausschuss am 21.06.2018 informiert werde.

RM Reehuis (CDU-Fraktion) möchte gerne, dass die entsprechenden Konzepte ausgearbeitet und dann den Ratsmitgliedern vorgestellt würden. Hiernach bliebe abzuwarten, ob noch weiterer Diskussionsbedarf bestünde.

Bürgermeisterin Voß sagt zu, dass die Ratsmitglieder nach dem nächsten Gesellschafterausschuss informiert würden. Die weiteren Schritte müssten sich im Anschluss klären.

Ergänzung zur Niederschrift:

Die Finanzierung der Veranstaltung FFF erfolgte in den vergangenen Jahren aus dem Gesamtbudget von AMT. Im Rahmen von Sponsoring konnte auf wiederkehrende Anfrage ein privates Unternehmen gewonnen werden, dass sich an den Kosten des FFF beteiligte. Darüber hinausgehendes Sponsoring an AMT erfolgt vorwiegend für das komplette Jahresprogramm, nicht für Einzelveranstaltungen.

9.2 Beleuchtungskonzept Bushaltestellen im Außenbereich; Antrag der CDU-Fraktion vom 29.05.2018 A/2018/0137

Ratsherr Große-Schwiep (CDU-Fraktion) erläutert kurz den Antrag der CDU-Fraktion. Es sei so dunkel, dass es bereits vorgekommen sei, dass Kinder vom Bus nicht mitgenommen worden seien, da diese nicht gesehen wurden. Es wird um ein entsprechendes Konzept von Seiten der Verwaltung gebeten.

Ratsfrau Heijnk (UWG-Fraktion) begrüßt diesen Antrag. Sie verweist darauf, dass ihre Fraktion diesen Antrag bereits 2012 gestellt habe.

Ratsherr Ruwe (UWG-Fraktion) teilt mit, dass es hierzu bereits Konzepte im Internet gebe. Diese könnten zur Ausarbeitung herangezogen werden. Dem Antrag werde zugestimmt.

Beigeordneter Beckmann schlägt vor, dass der Antrag zunächst zur Beratung in den Ausschuss verwiesen werde und im Anschluss zur abschließenden Beschlussfassung in den Rat gegeben werde.

Ratsherr Frankemölle (WGW-Fraktion) befürwortet eine Beleuchtung. Er bittet allerdings zu bedenken, dass eine Beleuchtung nur in den Morgenstunden erfolgen solle. Bei den Spielplätzen würde aus bekannten Gründen auch nur eine morgendliche Beleuchtung erfolgen.

Bürgermeisterin Voß lässt über die Verweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr abstimmen.

Der Rat der Stadt Ahaus verweist den Antrag der CDU-Fraktion, ein Beleuchtungskonzept Bushaltestellen im Außenbereich zu erstellen, zur weiteren Beratung in den Ausschuss Stadtentwicklung, Planen und Verkehr.

Abstimmungsergebnis:
einstimmiger Beschluss

10 Fragen des Rates und Mitteilungen der Verwaltung

Fragen des Rates:

- Ratsfrau Lange (UWG-Fraktion) bittet um einen aktuellen Stand in Sachen Eichenprozessionsspinner

Erster Beigeordneter Althoff teilt mit, dass die Fälle beim Fachbereich Sicherheit und Ordnung gemeldet und anschließend durch eine Fachfirma bekämpft würden. Gerade an Stellen bei Kitas, Schulen, Spielplätzen, bzw. überall dort, wo sich viele Menschen aufhielten, würde eine priorisierte Bekämpfung erfolgen.

Ratsfrau Lange (UWG-Fraktion) fragt nach, ob es sich in diesem Jahr um eine Plage handle.

Erster Beigeordneter Althoff teilt mit, dass jedes Jahr eine entsprechende Häufung auftreten würde.

- Ratsherr Frankemölle (WGW-Fraktion) zur Anpassung der Öffnungszeiten Schadstoffmobil

Die Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland (EGW) sei zuständig. Die Bitte werde entsprechend weitergeleitet.

- Ratsherr Niestegge (SPD-Fraktion) zum aktuellen Status der zwei ausgeschriebenen Grundstücke bezüglich des sozialen Wohnungsbaus

Beigeordneter Beckmann teilt mit, dass die Leistungsverzeichnisse vorliegen würden. Diese würden zunächst intern abgestimmt. Das Beteiligungsende sei für den 28.08.2018 vorgesehen. Hiernach werde sich ein Gremium mit der Auswertung beschäftigen.

- Ratsherr Niestegge (SPD-Fraktion) zum aktuellen Stand der Ausschreibung in Wessum, Flur 48, Flurstück 477, Alte Weiden

Beigeordneter Beckmann erklärt, dass hier mehrere Punkte zu beachten seien. Zum einen müssten die Festsetzungen der Bebauungsplan beachtet werden. Es sei ein reines Wohngebiet, also in der Regel eingeschossig (ein Vollgeschoss), ausnahmsweise 1,5-geschossig (also mit Dachnutzung), es seien zugelassen Einzel- und Doppelhäuser mit max. zwei Wohneinheiten bei Einzelhäusern (so denn der Grenzabstand eingehalten werde), ansonsten eine Wohneinheit. Des Weiteren belaufe sich die Grundstücksgröße auf 452m². Außerdem habe der Rat am 18.04.2018 folgendes entschieden: Nach erfolgtem Erwerb des vorgenannten Grundstücks ist dieses nach den vom Rat festgesetzten städtischen Vergabekriterien für Wohnbaugrundstücke von der Verwaltung zu vergeben.

Gerade die ersten beiden Punkte würden das Grundstück für Investoren voraussichtlich nicht attraktiver machen.

- Ratsherr Beckers (UWG-Fraktion) zum aktuellen Stand Bauernhof Heeker Straße Kreisverkehr/Nordtangente

Beigeordneter Beckmann teilt mit, dass der Eigentümer verpflichtet worden sei, einen Bauzaun aufzustellen um das Grundstück zu sichern und die Zugänge zum Gebäude zu verschließen. Dem werde jetzt nachgegangen.

- Ratsherr Niestegge (SPD-Fraktion) zu den in den nächsten Jahren angekündigten Castorenttransporten vom Forschungsreaktor Berlin

Erster Beigeordneter Althoff antwortet, dass es sich noch nicht sagen ließe, ob dies mit dem Ansiedlungsvertrag in Einklang zu bringen sei. Es sei noch fraglich, ob die Argumentation aus der vorherigen Unterlassungsklage ebenfalls auf diesen Sachverhalt Anwendung finden könne. Die Anwaltssozietät sei in Kenntnis gesetzt.

- Ratsherr Ruwe (UWG-Fraktion) zum Ende der Einlagerungsgenehmigung im Jahr 2036

Laut Ersten Beigeordneter Althoff würde diese Information den entsprechenden Stellen bereits vorliegen. Dies sei mehrfach im Zuge der Klagen vorgetragen und auch bei einem Termin mit der Bezirksregierung erläutert worden.

- Ratsherr Ruwe (UWG-Fraktion) zur Unterbringung von schwachem und mittelstarkem radioaktiven Müll

Erster Beigeordneter Althoff verneint eine Genehmigung. Bis zum Auslaufen der aktuellen Genehmigungen könne eine Unterbringung jedoch noch erfolgen. Darüber hinaus sei noch keine Entscheidung der Bezirksregierung getroffen worden. Dies werde aktuell von der Bezirksregierung geprüft.

Mitteilungen der Verwaltung:

- Beigeordneter Beckmann zur konstituierenden Sitzung des Gestaltungsbeirats

Dieser treffe sich am 09.07.2018 um 16.00 Uhr.

- Beigeordneter Beckmann zur Erweiterung des DOC

Die Bezirksregierung hätte der Änderung des Flächennutzungsplanes bezüglich der Erweiterung des DOC zugestimmt. Das weitere Vorgehen werde mit den anderen Kommunen abgestimmt.

- Beigeordneter Leuker zum 3-Stufen-Plan des Landes NRW

Beigeordneter Leuker stellt kurz den 3-Stufenplan des Landes NRW vor.

In der zweiten Jahreshälfte werde eine Zahlung der Integrationspauschale in Höhe von 182.488 Euro erwartet. Aus diesen Mitteln könne auch die vom Ausschuss für Arbeit und Soziales, Familie und Senioren in seiner Sitzung am 22. März 2018 einstimmig empfohlene Einrichtung einer neuen Stelle zum 1. Januar 2018 für die gesetzlich geforderte soziale Betreuung von Flüchtlingen refinanziert werden. Nähere Erläuterungen würden folgen.

- Bürgermeisterin Voß zur Abschlussveranstaltung Stadtradeln

Diese fände am 19.06.2018 statt. Die Ratsmitglieder seien hierzu herzlich eingeladen.

gez. Karola Voß
Vorsitzender

gez. Doris Zevenbergen
Schriftführerin